

RISIKO ALTERSARMUT

FRAUEN IM FOKUS

TAGUNG

18. November 2014, Rathaus der
Landeshauptstadt Wiesbaden



Impressum

Informationen/Kontakt:

Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Juliane Philipp-Lankes
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Autorinnen:

Dr. Rabea Krätschmer-Hahn, Anja Baumgart-Pietsch

Redaktion:

Dr. Christian Fischer, Karin Knaup, Dr. Rabea Krätschmer-Hahn,
Juliane Philipp-Lankes

VeranstalterInnen der Tagung:

Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden
Evangelisches Dekanat Wiesbaden/Sozialpfarramt
Inhaltliche Unterstützung der Durchführung durch das
Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.

Tagungsfotos:

Anja Baumgart-Pietsch

Titel- und Kapitelfotos:

Franz Pfluegl (Titel und S. 5), eva dietsche (S. 3)
michagehtraus (S. 9), fullempy (S. 13)
DURIS Guillaume (S. 16) - alle www.fotolia.com

Grafik/Design:

Jutta Pötter, design@poetter.com

Druck:

Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden

Auflage:

250 Stück

Download:

[http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/
gesellschaft/frauen/frauenbeauftragte.php](http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/frauen/frauenbeauftragte.php)

Juni 2015

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Grußwort	2
II.	Warum diese Veranstaltung? Hintergründe und Ziele	3
III.	Frauen und Armut: die Vorträge der Veranstaltung	5
IV.	Podiumsdiskussion der Veranstaltung - über KiTa-Plätze, Rollenbilder und Minijobs	9
V.	Ausblick: Impulse für die Zukunft	16

GRUSSWORT DES OBERBÜRGERMEISTERS SVEN GERICH

Das Kommunale Frauenreferat hat in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit und dem evangelischen Dekanat mit dieser Veranstaltung ein nicht nur aktuelles, sondern vor allem wichtiges Thema aufgenommen, das uns in vielen Zusammenhängen begegnet und zukünftig immer stärker betreffen wird.

Viele Menschen, auch in unserer vergleichsweise wohlhabenden Stadt sind, oftmals versteckt, von Altersarmut betroffen und die Zahlen dazu steigen. Betroffene wenden sich - vielfach aus Scham - erst sehr spät an relevante Einrichtungen, wenn es nur noch wenige Möglichkeiten für eine Veränderung der Bedingungen gibt.

Besonders Frauen tragen hier ein erhöhtes Risiko, das meist früh im Lebenslauf z.B. durch unterbrochene Erwerbsverläufe ansetzt und sich aufgrund besonderer Lebenslagen noch verschärft, wie beispielsweise als Alleinerziehende oder nach einer Scheidung.

Wie bundesweit aktuelle Medienberichte zeigen, ist Wiesbaden hier keine Ausnahme. Ich bin daher sehr froh, dass es im Rahmen einer Auftakt-Fachveranstaltung gelungen ist, dieses Thema in den Fokus zu rücken und etwas „Licht in das Dunkel“ der sehr komplexen Zusammenhänge und Bedingungen zu bringen, die letztendlich in die sogenannten „Armutsfallen“ vieler Lebens- und Erwerbsverläufe führen.

Aber nicht nur die Information allein war das Ziel dieses Vorhabens. Vielmehr sollte durch eine Diskussion mit verschiedenen AkteurInnen der Stadtgesellschaft aus Wissenschaft, Kommune, Kirche und Wirtschaft sowie dem juristischen und dem sozialen Bereich aufgezeigt werden, wo sich Stellschrauben und Ansatzpunkte zeigen, die die Grundlage für präventive Aufgaben und Initiativen bilden können.

Die Veranstaltung richtete sich an ein Fachpublikum, vielfach aus örtlichen Anlauf- und Beratungsstellen, aber auch an VertreterInnen aus Politik, Unternehmen und Gemeinwesen, die die Ergebnisse der Tagung für ihre konkreten Bezüge und Initiativen nutzen können.

Als Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden ist es mir ein großes Anliegen, die Möglichkeiten der Kommune und der Stadtgesellschaft auszuschöpfen, die ein „Weniger“ an Armutsrisiko - insbesondere für Frauen - bewirken können.

So hoffe ich, mit der ausführlichen Dokumentation der Auftaktveranstaltung die interessanten und aufschlussreichen Inhalte vielen fachlich Interessierten zugänglich machen zu können und verbinde dies mit einer Einladung zu den geplanten Folgeveranstaltungen mit den Schwerpunktthemen: Alleinerziehende, Teilzeit- und Minijobs, Familienmodelle der Zukunft sowie dem Thema „Rechtliche Grundlagen - Ehevertrag“.



Sven Gerich
Oberbürgermeister



WARUM DIESE VERANSTALTUNG? HINTERGRÜNDE UND ZIELE

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind auf Grundsicherung angewiesen. Ende 2013 bezogen bundesweit rund 500 000 Menschen ab 65 Jahren existenzsichernde Leistungen. Das sind 7,4 % mehr als noch im Vorjahr¹. Am stärksten ist Altersarmut in den Ballungszentren verbreitet, und vor allem westdeutsche Frauen benötigen die Unterstützung, weil ihre Rentenansprüche nicht ausreichen.

Wie stellt sich die Lage in Wiesbaden dar? Allein zwischen 2010 und 2013 hat sich die Sozialhilfedichte in Wiesbaden bei den 65-Jährigen und Älteren um einen Prozentpunkt erhöht. Ende 2010 bezogen 5,2% der Älteren in Wiesbaden Leistungen der Grundsicherung im Alter, Ende 2013 waren es 6,2%². Dabei zeigen sich deutlich ausgeprägte, geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen tragen ein höheres Risiko, im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein als Männer. Am höchsten ist das Risiko für Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Auch in einer wohlhabenden Stadt wie Wiesbaden sind zahlreiche ältere Bürgerinnen und Bürger von der Thematik „Altersarmut“ betroffen. Sie wenden sich zwar an relevante Einrichtungen, Initiativen und Beratungsstellen der Stadt, aber oftmals aus Scham erst sehr spät. Zu diesem Zeitpunkt gibt es außer konkreter finanzieller Unterstützung nur noch wenig Möglichkeiten auf eine Veränderung der Bedingungen. Zumeist sind es Frauen, die durch Lebensereignisse wie Scheidung, alleiniges Sorgerecht für Kinder oder unterbrochene Berufskarrieren von Altersarmut besonders betroffen sind.

Das Kommunale Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden hat es sich - in Kooperation mit dem

Amt für Soziale Arbeit und dem Evangelischen Dekanat - zur Aufgabe gemacht, mit einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Altersarmut bei Frauen“ Öffentlichkeit zu schaffen und das Bewusstsein dafür zu wecken. Den VeranstalterInnen war klar, dass es sich um ein komplexes Themenfeld mit vielen Ambivalenzen handelt. Deshalb konzipierten sie zunächst eine Auftaktveranstaltung, um die unterschiedlichen „Armutfallen“ innerhalb der Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen zusammenzutragen. Diese Fachtagung fand am 18. November 2014 im Rathaus Wiesbaden mit dem Titel „Risiko Altersarmut - Frauen im Fokus“ statt.

Zentrale Fragen in der Vorbereitung der Veranstaltung waren: Wen betrifft (Alters-)Armut? Spielen besondere Lebenslagen eine Rolle? Sind geschlechtsspezifische Aspekte relevant?

Ein Blick „hinter die Kulissen“ der Entstehung von Altersarmut zeigt, dass viele der sogenannten „Armutfallen“ schon früh im Lebenslauf ansetzen: Teilzeit-Erwerbstätigkeit, Mini-Jobs, lange berufliche Auszeiten aufgrund von Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen. Schon diese Aufzählung macht deutlich, wer besondere Risiken trägt: Es sind zumeist Frauen, die ihre berufliche Teilhabe aufgrund von Familienaufgaben zurückstellen. Somit entsteht eine ungünstigere Basis für ihre Rente und sie tragen insbesondere bei Einschnitten in ihrem Lebenslauf, wie Scheidung, alleiniges Sorgerecht für Kinder oder Krankheit, ein hohes Armutsrisiko. Obwohl die Gründe als individuell erscheinen, die Menschen in Altersarmut führen, so lassen sich doch strukturelle Mechanismen erkennen, die Armut auch geschlechtsspezifisch ausgestalten.

¹ Destatis Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 384 vom 04.11.2014; https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/11/PD14_384_221.html; abgerufen am 27.02.2015/13 Uhr.

² Vgl. Amt für Soziale Arbeit: Wiesbadener Geschäftsbericht SGB XII, Jahresbericht 2013; Wiesbaden 2014; <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/sozialhilfeplanung-grundsicherung.php>.

Die geringere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt wird in der Debatte über Armut häufig aufgegriffen, da der Dazuverdienst von Frauen, insbesondere von Müttern, ein gängiges Familienmodell in (West-)Deutschland ist. Ein besonders wichtig erscheinender Aspekt ist dabei die Frage der Kinderbetreuung, denn durch den Ausbau von Angeboten in diesem Bereich soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich gemacht werden.

Dennoch schreibt die Diskussion über den „Ausbau der Kinderbetreuung“ und die „Vereinbarung von Familie und Beruf“ weiterhin den Frauen die Betreuung der Kinder zu und geht somit „nur“ von einer begrenzten Erwerbstätigkeit aus. Einen Schritt weiter gedacht, muss grundsätzlich erörtert werden, wie ein geschlechtergerechtes Verhältnis zwischen familialer Arbeit und Erwerbsarbeit erreicht wird.

Außerdem: Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird die Gesellschaft als Thema in Zukunft noch intensiver beschäftigen. Pflegeleistungen werden zurzeit oft in den Familien abgedeckt, ebenfalls überwiegend durch Frauen. 47 % der Beziehenden von Pflegeversicherungsleistungen in Wiesbaden entscheiden sich für die reine Geldleistung. Sie nehmen keine professionelle Unterstützung durch Pflegedienste oder stationäre Einrichtungen in Anspruch.

Veränderte Familienmodelle und eine neue Aufgabenverteilung innerhalb der Familie und zwischen den Geschlechtern sind deshalb Aufgaben für die Zukunft. Ebenso wie bei der Kinderbetreuung ist langfristig die Pflege der älteren Generationen auf Männer und Frauen gleichmäßig zu verteilen, sodass für Frauen keine strukturelle Benachteiligung mehr an der Beteiligung am Erwerbsleben entsteht. Den Arbeitgebern fällt hier ebenfalls Verantwortung zu.

Auf verschiedenen Ebenen und vielgestaltig gerät das Thema „Altersarmut bei Frauen“ immer wieder in den Fokus der aktuellen Diskussion. Mit dieser Fachtagung rückt das Kommunale Frauenreferat, in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit und dem Evangelischen Dekanat, die Problematik in den Vordergrund.

Ziel der geplanten Veranstaltungsreihe ist es, „Licht in das Dunkel“ der komplexen Bezüge und Zusammenhänge zu bringen, die letztendlich in die „Altersarmutsfalle“ führen. Damit will die Stadt Wiesbaden einen Beitrag leisten, schon frühzeitig auf Risiken von Altersarmut bei Frauen aufmerksam zu machen und vor allem präventiv dagegen zu wirken.

Eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen in Wiesbaden bieten spezielle Förder- oder Hilfeangebote für Frauen in Armutssituationen an. Von ihnen nahmen einige an der Veranstaltung am 18. November 2014 teil und stellten in einem „Markt“ ihre Arbeit den Veranstaltungsteilnehmenden vor: AWO Altenzentren Konrad-Arndt und Robert-Krekel-Haus; Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter der Landeshauptstadt Wiesbaden; BerufsWege für Frauen e.V.; Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.; CASA e.V. Centrum für aktivierende Stadtteilarbeit; Diakonisches Werk Wiesbaden; Evangelische Familien-Bildungsstätte; GBQ Gesellschaft für berufliche Weiterqualifizierung e.V.; LandesFrauenrat Hessen; Mädchentreff Wiesbaden e.V.; Netzwerk Wiesbaden 55+; Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden; WIF Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungs-Zentrum e.V.; VHS Volkshochschule Wiesbaden e.V.

Die Auftaktveranstaltung stieß mit ca. 130 Teilnehmenden auf eine große Resonanz. Sie sollte dazu anregen, dass sich Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bezügen - sei es aus dem Sozialbereich, der Kommune, der Wissenschaft, dem juristischen Bereich oder der Wirtschaft - untereinander verständigen. Die dabei herausgearbeiteten „Stellschrauben“ und Anstöße können als Grundlagen für präventive Aufgaben und Initiativen gegen Altersarmut bei Frauen dienen.

III

FRAUEN UND ARMUT DIE VORTRÄGE DER VERANSTALTUNG

Den systematischen Charakter der Beziehung zwischen Armut und Geschlecht hat die Forschung schon länger im Fokus, auch wenn die öffentliche Debatte sich deutlich stärker auf die Darstellung einer geschlechtsneutralen Armut konzentriert. Deshalb war es ein Ziel der Veranstaltung, die unterschiedlichen Diskussionsstränge aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Thema „frauenspezifische Armut“ mit den empirischen Befunden der Lage von Frauen in Wiesbaden zusammenzuführen. Dazu war **Prof. Dr. Barbara Riedmüller** als Referentin eingeladen, die als mittlerweile emeritierte Professorin jahrelang, intensiv im Rahmen ihres Lehrstuhls für Sozialpolitik und Komparatistik an der Freien Universität Berlin zum Thema „Armut und Frauen“ gearbeitet hat. **Heiner Brülle**, Sozialplaner der Stadt Wiesbaden im Amt für Soziale Arbeit, berichtete als weiterer Referent über die Armutslage von Frauen in Wiesbaden.



Prof. Dr. Barbara Riedmüller während ihres Vortrags

Einflussfaktoren für geschlechtsspezifische Armut

Riedmüller setzte bei der Veranstaltung den ersten Impuls durch einen Vortrag, der die unterschiedlichen „Armutsfällen“ von Frauen im Lebens- und Erwerbsverlauf skizzierte und mögliche „Stellschrauben“ einer Veränderung aufzeigte, indem sie von den

Ergebnissen ihrer zuletzt durchgeführten Studie „Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter. Wandel und rentenpolitische Implikation“³ berichtete.

In dieser Studie vergleichen die Autorinnen Erwerbsverläufe zweier Gruppen von Geburtsjahrgängen miteinander: Die Gruppe der 1947-1951 geborenen Frauen und die der Geburtsjahrgänge 1962-1966. Ihrer Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, dass die früher Geborenen noch stark nach einer traditionellen Rollenverteilung leben, während die Lebens- und Erwerbsverläufe der später geborenen, der sogenannten „Babyboomerinnen“ schon deutlich vielfältigere Muster aufweisen. Die Analyse bedient sich der empirischen Typenbildung von Biographien, um die von Altersarmut bedrohten Verläufe zu identifizieren und Gründe für weibliche Altersarmut benennen zu können.

Riedmüller berichtet über die konfliktreiche Schnittstelle zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit für Frauen. Sie wollen und müssen beides vereinbaren, obwohl sich ihre Rente nur aufgrund der beitragspflichtigen Erwerbsjahre bemisst. Die „Babyboomerinnen“ zeigen diversifizierte Lebens- und Erwerbsmuster, die getragen sind von einer sich gewandelten Haltung gegenüber der traditionellen Rolle der Mutter. Zudem hat die Bildungsexpansion die Ausgangslage für Erwerbstätigkeit besonders für Frauen maßgeblich verbessert. Aber staatliche Interventionen stützen ein Familienmodell, in dem die Frauen nicht in Vollzeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

Als ersten und wichtigsten Einflussfaktor für Altersarmut stellt Riedmüller in diesem Kontext die Teilzeit-Erwerbstätigkeit heraus, die zu geringen Rentenansprüchen führt: Seit 1995 ist der Anteil der Teilzeiterwerbstätigkeit unter den abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik beträchtlich gestiegen, besonders unter den Frauen in Westdeutschland, die zu ca. 45 % in Teilzeit erwerbstätig sind. Zeitgleich ging die Vollzeiterwerbstätigkeit unter Frauen anteil-

³ Riedmüller, Barbara/Schmalreck, Ulrike: Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter. Wandel und rentenpolitische Implikation, hrsg. von der Freien Universität Berlin, Projekt gefördert vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund, Berlin 2012.

lig zurück. Große Unterschiede existieren zwischen West- und Ostdeutschland, vor allem in der Motivation zur Teilzeit: Während die Frauen in Ostdeutschland aufgrund der Arbeitsmarktlage häufig ungewollt in Teilzeit erwerbstätig sind, ist es in Westdeutschland das von den Frauen gewünschte Erwerbsmodell, um Familie und Arbeit zu vereinen. Riedmüller diskutiert die These einer „kulturellen Linie“⁴, indem sie proklamiert, dass oft die Haltung der Frauen selbst zur Teilzeiterwerbstätigkeit die „Armutsfalle“ begünstigt. Sie fordert ein Umdenken in den Köpfen der Mütter - wie auch bei den Vätern und anderen gesellschaftlichen AkteurInnen, denn ohne einen kulturellen Wandel in dieser Haltung werden die Armutsproblematiken für Frauen schlecht zu lösen sein. Empirisch belegt sie diese stabile „kulturelle Linie“ mit dem Anteil der Frauen beider Untersuchungsgruppen ihrer Studie, die dauerhaft nicht erwerbstätig sind: Dieser Anteil hat sich nicht verändert und liegt bei 18 %.

Ein zweiter Einflussfaktor der Altersarmut für Frauen ist die Erwerbsunterbrechung aufgrund von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Die hier nachweisbaren Bruttolohnverluste steigen mit der Länge des Ausstiegs und wirken sich negativ auf die Alterssicherung aus. Genauso wie ein dritter Faktor: die Arbeitslosigkeit. So kontrastieren Berechnungen der Rentenansprüche zwischen Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland, wie immens unterschiedlich diese durch Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie ausfallen.

Zusammenfassend resümiert Riedmüller, dass der Ausbau geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und die häufige Teilzeit-Erwerbsarbeit die maßgeblichen Einflussfaktoren für spätere Armut sind. Diese eingeschränkte Erwerbsteilhabe ist auch abhängig von staatlichen Interventionen: So begünstigen viele staatliche Interventionen die diskontinuierlichen Erwerbsverläufe von Frauen, wie die Mitversicherung der nicht oder geringfügig erwerbstätigen Ehefrau in der Krankenversicherung, das Ehegattensplitting oder die Sonderregelungen für Minijobs. Aber auch die schon angesprochene kulturelle Haltung findet sich bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren in der Summe als ein „kulturelles Bollwerk“ wieder. Es ist dadurch gekennzeichnet, dass die Kindererziehung und -betreuung immer noch als Aufgabe der (teilzeit-erwerbstätigen) Mütter gesehen wird. Diese „kulturelle Linie“ ist nicht nur in den Aushandlungsprozessen zwischen Männern und Frauen in Paarbeziehungen zu erkennen, son-

dern auch bei Frauen und Männern als Träger bestimmter Rollen, beispielsweise als Arbeitgeber. Riedmüller verweist auf den irritierenden Umstand, dass Arbeitgeber (so wie unlängst in einer von ihr betreuten Erhebung geschehen) es sich in Deutschland immer noch - kulturell getragen - leisten können, zuzugeben, dass sie auf bestimmten Positionen in ihrem Unternehmen „keine Mutti haben wollen“. Die vorrangige Strategie muss hingegen sein, Frauen umfangreich (vollzeitnah!) in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sodass sie in die Lage versetzt werden, eigenständig über die gesetzliche Rentenversicherung für das Alter vorzusorgen. Hierbei betont Riedmüller, dass staatliche Interventionen - oder auch gerade ihr Ausbleiben - Altersarmut für Frauen in Deutschland generieren und es durchaus zu gestaltende Rahmenbedingungen gibt. „Für die Politik bedeutet dies nicht nur die Anzahl der bezahlbaren Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu erhöhen, sondern auch Veränderungen von Arbeitszeit- und anderen arbeitsrechtlichen sowie gleichstellungspolitischen Regulierungen herbeizuführen. Politik der Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbstätigkeit tangiert das Steuerrecht ebenso wie Lohn- und Sozialpolitik und muss als langfristige Querschnittsaufgabe verstanden werden.“⁵

In ihrem Schlussstatement greift Riedmüller mehrere Aspekte pointiert heraus:

1. Die Debatte über kulturelle Haltungen in Deutschland zu Familienmodellen und Rollenverständnis der Geschlechter hat schon begonnen. Sie ist aber noch stark davon geprägt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den Frauen zu verorten.
2. Neue Akteure in dieser Diskussion sind die Unternehmen, die durch den bevorstehenden Fachkräftemangel - in Korrelation mit dem demographischen Wandel, nun Position beziehen und dadurch eine neue Qualität des Diskurses bewirken.
3. Was bedeutet Altersarmut von Frauen für die Kommunen? Gesundheitsaspekte und das Thema Wohnen werden noch bedeutsamer im Kontext von Altersarmut werden. Als Aufgaben für die Kommunen kann deren Umfang auf Dauer ein finanziell nicht abschätzbares Risiko werden.

Schließlich formuliert Riedmüller ein Plädoyer an alle, sich mit dem Thema Altersarmut von Frauen - und somit auch dem Thema der Erwerbsarbeit von Frauen - auseinanderzusetzen und die Verantwortung wahrzunehmen, sich in diese Debatte einzubringen.

⁴ „Kulturelle Linie“ ist ein Zitat von Barbara Riedmüller: Diesen Begriff verwendet sie für die in Deutschland vorherrschende Haltung, dass Frauen für die Kindererziehung und -betreuung größtenteils verantwortlich sind und folglich ihre Erwerbsarbeit reduzieren.

⁵ Riedmüller, Barbara/Schmalreck, Ulrike: Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter. Wandel und rentenpolitische Implikation, hrsg. von der Freien Universität Berlin, Projekt gefördert vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund, Berlin 2012, S. 114.



Heiner Brülle während seines Vortrags

Die Armutssituation von Frauen in Wiesbaden

Im Anschluss an das Impulsreferat von Riedmüller folgte der Vortrag von Heiner Brülle, der als Sozialplaner im Amt für Soziale Arbeit in Wiesbaden Zahlen zu der Armutslage von Frauen in Wiesbaden vorstellte. Zu Beginn legte er dar, dass man Armut auf unterschiedliche Weise definieren kann: Nach der gängigen OECD-Definition gelten Menschen mit einem Einkommen von weniger als 60% des Durchschnitts in der Bevölkerung als „relativ arm“⁶. Da der Sozialplanung keine Angaben zur Einkommensverteilung der Wiesbadener Bevölkerung zur Verfügung stehen, wird mit Daten der Grundsicherungsstatistik gearbeitet, sodass die hier diese Definition zutrifft: „Arm“ sind die Personen, die staatliche Existenzsicherungsleistungen beziehen. Da die Grenze deutlich niedriger angesetzt ist, werden damit aber nicht alle Personen in „relativer Armut“ erfasst. Zum Vergleich: SGB II-Leistungen beziehen in Hessen 8,3% der Bevölkerung, während Berechnungen nach dem Einkommen 13,2% der Bevölkerung als arm ausweisen⁷.

Wiesbaden, so Brülle, ist eine gesplante Stadt: Die Innenstadt ist geprägt von beeindruckenden Gebäuden und einer Vielzahl exklusiver Einkaufsmöglichkeiten. Es leben viele reiche Menschen in Wiesbaden. Andererseits gibt es auch sehr viele Arme: 13% der Wiesbadener Bevölkerung beziehen existenzsichernde Grundsicherungsleistungen. Das liegt deutlich über dem hessischen Durchschnitt und auch höher als der Anteil in vergleichbaren Rhein-Main-Städten wie Frankfurt oder Darmstadt⁸.

Es sind vor allem Alleinerziehende in besonderem Maße von dem Risiko betroffen, Grundsicherungsleistungen beziehen zu müssen, sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Alleinstehende hingegen haben ein durchschnittliches Risiko und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder haben eine deutlich geringere Armutsquote.

Betrachtet man das Risiko, auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein, nach Altersklassen, so zeigt sich ein noch deutlich erhöhtes Armutsrisiko von Kindern im Vergleich zu den Erwachsenen. Altersarmut hat zwar im Zeitverlauf überproportional zugenommen, Aber: Während die einen noch ganz am Anfang vor den entscheidenden Weichen für den weiteren Lebensweg stehen, haben die anderen in aller Regel bereits mit ihrem Beruf und der aktiven Erwerbsphase abgeschlossen. Sie verfügen über so gut wie keine Möglichkeiten mehr, die Einkommens- und Vermögenssituation aus eigenen Kräften zu verbessern. So oder so bedeuten Sozialhilfeleistungen in jedem Fall finanzielle Einschränkungen mit Auswirkungen für den gesamten Bereich der Lebensführung und Lebensgestaltung.

Es liegt auch eine geschlechtsspezifische Komponente des Armutsrisikos vor: Während das Armutsrisiko der Frauen im Alter von 18 bis 44 Jahren erhöht ist, da hier die (alleinerziehenden) Mütter vorwiegend betroffen sind, sind Frauen in den weiteren Altersgruppen eher geringer von Armut betroffen. Aber ab dem Alter von 65 Jahren, dem Renteneintrittsalter, zeigen Frauen wieder ein deutlich höheres Armutsrisiko als Männer.

Überprüft man neben dem hier benannten Wert für die Gesamtstadt (13%) auch die Verteilungen nach Stadtteilen, fällt eine breite Streuung auf: Die Altersarmut variiert stark nach Stadtteilen und zeigt den geringsten Wert von 0,8% in den Siedlungen Dotzheims und in Frauenstein, jedoch den höchsten Wert (24,4%) im inneren Westend. Die Zahlen belegen, dass die Lebensrealitäten in der Stadt sehr unterschiedlich sind und durch Durchschnittswerte leicht verschleiert werden können. In bestimmten Bevölkerungsteilen und in einzelnen Stadtteilen nimmt die Armutsquote der älteren Menschen Werte an, die an die Häufigkeit des Bezugs von Leistungen nach SGB II heranreichen. Diese Unterschiede gilt es bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „Altersarmut“ durch eine differenzierte Betrachtung und Herangehensweise ausreichend zu berücksichtigen. Da fehlende Erwerbstätigkeit die entscheidende Komponente für eine Armutslage ist, stellt Brülle die Zahlen der Erwerbsbeteiligung für Männer und Frauen in Wiesbaden gegenüber - sowie die der Männer und Frauen, die Grundsicherungsleistungen beziehen.⁹

Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsquoten der deutschen Männer und Frauen für 2013 in Wiesbaden liegen eng beieinander (61% und 57%).¹⁰

⁶ Bei der Berechnung wird das so genannte "Nettoäquivalenzeinkommen" zu Grund gelegt, das Unterschiede in der Größe und Zusammensetzung der Haushalte durch eine unterschiedliche Pro-Kopf-Gewichtung berücksichtigt. Die Angaben zur durchschnittlichen Höhe des Einkommens beziehen sich auf den Median, der als "Zentralwert" weniger anfällig gegenüber Ausreißern ist als das arithmetische Mittel bzw. der Mittelwert, und die Verteilung exakt in zwei Hälften teilt.

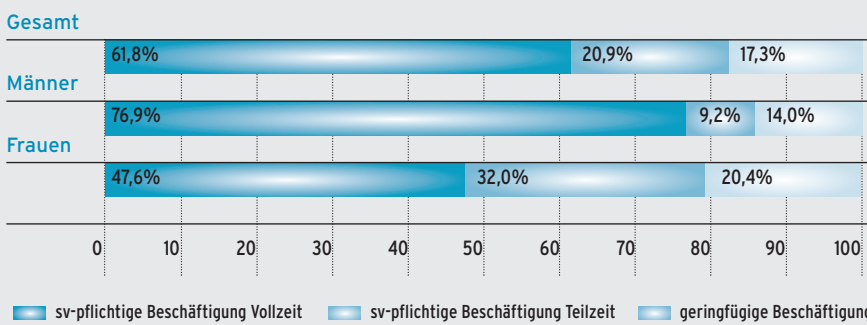
⁷ Vgl. Nachrichtendienst des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.: dv aktuell; Ausgabe 4/2014; S. 163.

⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung in Zahlen - Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, aktuelle Eckwerte; Nürnberg, November 2014; Tabelle 2.

Aber der Umfang der Erwerbstätigkeit unterscheidet sich deutlich zwischen den Geschlechtern: Riedmüllers Argument, dass insbesondere die weit verbreitete Teilzeiterwerbstätigkeit unter Frauen ein wichtiger Faktor in der Debatte um Altersarmut ist, verdeutlicht Brülle mit den Daten der Beschäftigten am Wohnort Wiesbaden.

Nur 48% der Frauen sind in Vollzeit erwerbstätig, während über die Hälfte entweder in Teilzeit (32%) oder nur geringfügig (20%) beschäftigt ist. Unter den Männern hingegen sind 77% in Vollzeit erwerbstätig. Eingeschränkte Erwerbsarbeit ist ein stark weiblich dominiertes Phänomen¹¹ – und es sind insbesondere die Frauen mit Kindern, die ihre Erwerbsarbeit deutlich reduzieren.

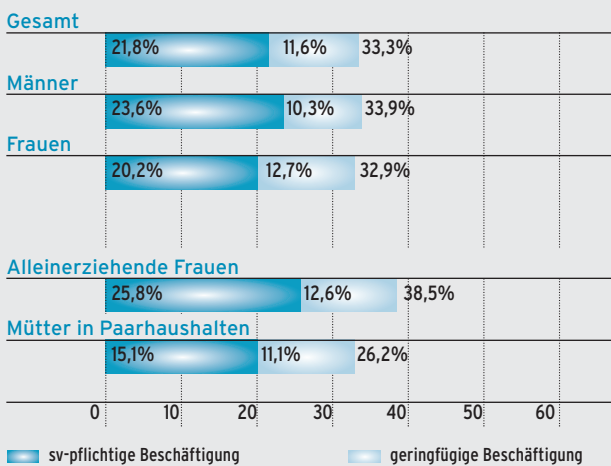
Abbildung 1: Erwerbsbeteiligung nach Art der Beschäftigung am Wohnort Wiesbaden für Frauen und Männer, in % von allen Erwerbstätigen (Dezember 2013)



Quelle:

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen - Beschäftigungsstatistik, Beschäftigung am Wohnort, Landeshauptstadt Wiesbaden, Dezember 2013; Sonderauswertung des Statistiks-service Südwest; eigene Darstellung

Abbildung 2: Erwerbsbeteiligung der Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, in % (Juni 2014)



Quelle:

Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik; eigene Berechnungen

Auch in den Familien im SGB II-Leistungsbezug sind die zuvor abgebildeten Muster sichtbar. Mehr als 33% der Leistungsberechtigten im SGB II sind erwerbstätig und stocken ihr Erwerbseinkommen bis zum Existenzminimum auf. Die Erwerbsbe-

teiligung der Mütter in Paarhaushalten ist um einiges geringer als die der Väter (insbesondere auch bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen). Sie verdeutlicht die traditionelle Rollenverteilung von familialer Arbeit und Erwerbsarbeit in Paarhaushalten.

Die von Riedmüller beschriebene „kulturelle Linie“ wird auch in den Wiesbadener Daten sichtbar und erscheint als „kulturelles Bollwerk“ (Zitat Riedmüller), da die Einstellung zur verminderten Erwerbstätigkeit für Mütter nicht nur bei den Paaren selbst vorherrscht, sondern auch getragen wird durch die Haltung der Fallmanagementfachkräfte oder der Arbeitgeber.

Was folgt aus den Analysen für die Armutsvermeidung in weiblichen Lebens- und Erwerbsbiographien? Sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit ist wichtig für die individuelle Absicherung im Alter, und diese sollte so kurz wie möglich in Teilzeit ausgeübt werden. Zur Vermeidung von Armutslagen für die ganze Familie bedeutet es gerade im Bereich des SGB II in Wiesbaden, dass hier aufgrund von hohen Mieten, niedrigen Löhnen (durch die geringe Qualifizierung der Leistungsberechtigten) und Größe des Haushaltes, zwei sozialversicherungspflichtige Einkommen notwendig sind, um überhaupt den Leistungsbezug verlassen zu können. Also auch, und gerade hier ist die umfangreiche Erwerbsarbeit der Frauen notwendig.

⁹ Vgl. Amt für Soziale Arbeit: Wiesbadener Geschäftsbericht SGB XII, Jahresbericht 2013; Wiesbaden 2014; <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/beschaeftigungsoerderung.php>.

¹⁰ Die Beschäftigungsquoten der ausländischen Männer und Frauen in Wiesbaden zeigen hingegen etwas größere Differenzen: Es sind 46% der ausländischen Männer in einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit beschäftigt, aber nur 36% der ausländischen Frauen, vgl. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden, Bericht 2014; Wiesbaden 2014.

¹¹ Vgl. Daten auch im internationalen Vergleich bei Destatis Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_078_132.html, abgerufen am 18.12.14/11 h.

IV

PODIUMSDISKUSSION ÜBER KITA-PLÄTZE, ROLLENBILDER UND MINIJOBS



Im Anschluss an die Vorträge, die verschiedene Facetten geschlechtsspezifischer Armut verdeutlichten, folgte die Podiumsdiskussion zum Veranstaltungsthema „Risiko Altersarmut – Frauen im Fokus“. Die Teilnehmenden setzten sich aus VertreterInnen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche zusammen, um den komplexen Zusammenhang von (Alters-)Armut und Geschlecht aus mehreren Perspektiven zu beleuchten.

Moderation:

Constanze Angermann

Journalistin und Moderatorin; seit 1995 tätig für den Hessischen Rundfunk; bekannt durch die langjährige Moderation der Hessenschau

Teilnehmende:

Dr. Brigitte Bertelmann

Volkswirtin; Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Gordon Bonnet

Jurist; Leiter der Unternehmenskommunikation und Mitglied der Geschäftsführung der IHK Wiesbaden

Arno Goßmann

Bürgermeister und Sozialdezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden

Gabriele Hermes-Lennich

Rechtsanwältin und Mediatorin; juristischer Arbeitsschwerpunkt im Familienrecht

Philipp Jacks

Soziologe M.A., DGB-Kreisverbandsvorsitzender Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Prof. Dr. Barbara Riedmüller

Sozialwissenschaftlerin; emeritierte Professorin der FU Berlin mit dem Arbeitsschwerpunkt Sozialpolitik und Komparatistik

Constanze Angermann eröffnet die Podiumsdiskussion mit der Feststellung: Der Staat benötige Menschen, die in Zukunft für die Rentenzahlungen aufkommen – also Familien, die heute willens sind, Kinder zu bekommen. Dann aber müsse der Staat auch dafür sorgen, dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um für Mütter und Väter die Gleichzeitigkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu ermöglichen.

KRIPPENAUSBAU

Die erste Frage geht an Bürgermeister und Sozialdezernent Arno Goßmann: Auf die Kommunen komme einiges zu – „haben Sie als Kommune Ihre Hausaufgaben denn gemacht?“

Goßmann antwortet: „Seit einem Jahr forcieren wir den Krippenausbau.“ Es würden in Wiesbaden riesige Anstrengungen unternommen. Ende des Jahres 2015 gebe es eine Betreuungsquote von 40 – 41 % gegenüber den geforderten 35 %. Wiesbaden habe also „seine Hausaufgaben gemacht“ und „wir haben ein gutes Angebot, das auch sehr gut angenommen wird“. Im Vergleich zu anderen Großstädten könne man sich damit sehen lassen.

KINDERBETREUUNG

Philipp Jacks wird gefragt: Wie schwierig war es denn für Ihre Familie, einen Kita-Platz zu finden?

Jacks berichtet: Aufgrund eines kurzfristigen Umzugs nach Wiesbaden konnte er seine Kinder nicht frühzeitig in die Wartelisten eintragen. Nach längerer Zeit der Ungewissheit konnte durch einen „glücklichen Zufall“, aber noch rechtzeitig ein Platz gefun-

den werden, „aber es war schwierig“. Die Krippenbetreuungsmöglichkeiten reichen jedoch seiner Ansicht nach nicht aus. Das sei kein Wiesbadener Problem. Aber bei einer Arbeitszeit von 9 bis 17 Uhr seien die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten nicht kompatibel, erst recht nicht bei noch ganz anderen Arbeitszeiten, wie sie im Einzelhandel üblich sind. Wenn man die Zahlen zwischen West- und Ostdeutschland vergleicht, werden allerdings große Unterschiede deutlich: Bessere Betreuung in der ehemaligen DDR habe dazu geführt, dass die Frauen dort eher einen Vollzeitjob gehabt hätten. Darum sei die Rentenlücke dort auch nicht so groß. Das müsse jetzt hier auch flächendeckend hinbekommen werden. „Damit die Leute, die Vollzeit arbeiten wollen, dies auch können.“ Hier sei trotz eines gestiegenen Beschäftigungsanteils die Quote der Vollzeitarbeitsplätze zurückgegangen. Viele hätten Minijobs oder andere „atypische Beschäftigungen“. Der Unterschied zwischen gewünschter und realer Arbeitszeit sei in keinem anderen Land so groß wie in Deutschland. Jacks plädierte für eine familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Manche wollten auch „nur zwei Stunden weniger pro Tag arbeiten“. „Das muss auch möglich sein!“

Gordon Bonnet hält dagegen, dass genau dies in vielen größeren Betrieben bereits praktiziert werde. Der größte Arbeitgeber in Wiesbaden, die R+V-Versicherung, biete über 500 individuelle Teilzeitlegelungen an, die sich zum Beispiel durch Lage der Arbeitszeit oder den Arbeitsumfang unterscheiden. Es gebe zahlreiche Unternehmen, die Arbeitsplätze mehr nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausrichteten. Gerade in den letzten Jahren habe sich besonders bei größeren Unternehmen viel getan. Wichtiger fände er - auch aus eigener Erfahrung - die Organisation der Anmeldung zur Kinderbetreuung. Dass man sich bei den verschiedenen Trägern jeweils einzeln anmelden müsse, sei verbesserungswürdig. „Aber die Leute, die dann sagen, es hat doch geklappt, sind auch in meinem Bekanntenkreis in der Mehrheit“. Wenn die Betreuung besser ausgebaut würde, käme man auch an die „guten Arbeitskräfte“ der Frauen heran. Bei ganz kleinen Betrieben sei es oftmals schwieriger, Arbeitnehmerinnen zeitlich entgegenzukommen. Es ist eine große Herausforderung“ - sowohl beim Umdenken als auch bei der tatsächlichen Organisation.

Die Frauen, so Moderatorin Angermann, hätten aber auch noch ein anderes Problem: Viele verdienen im gleichen Job weniger als Männer „und das wohl nicht nur, weil sie sich die falschen Jobs aussuchen“. Dazu die Frage an Bonnet: Was sagt die IHK dazu, in gesellschaftspolitischer Hinsicht?

Der IHK-Sprecher weist auf „Nebenschauplätze“ des Karrieremachens hin. Karriere werde auch oft bei Abendterminen gemacht, es gebe eine unausgesprochene, aber allgemein übliche „Präsenzkultur“. Das sei für Frauen mit Kindern natürlich schwierig. Auch hier müsse man umdenken. „Das gilt aber für Väter wie Mütter gleichermaßen: Man möchte ja bei seinen Kindern sein.“ Dann aber sei es oft schwierig, die nächste Karriereebene zu erreichen. Umdenken sei aber auch erforderlich, um anzuerkennen, wie viele Väter und Mütter die Doppelbelastung meisterten, im Job erfolgreich und in der Familie präsent zu sein. „Es muss stärker gesehen werden, was für eine tolle Leistung das ist!“

Zum Thema gleiche Bezahlung richtet Angermann das Wort an den Bürgermeister: Verdienen Frauen in der Wiesbadener Verwaltung gleich viel wie Männer?

Goßmann hebt hervor, dass die Quote von Frauen in leitenden Funktionen in der Wiesbadener Stadtverwaltung hervorragend sei: Im Magistrat und in seinem eigenen Amt sei bei den Abteilungsleitungen eine „gute Quote“ verwirklicht. „Das Entscheidende ist, eine gute Frauenförderung auf den Weg zu bringen.“ Dann könne man auch den Arbeitsalltag so gestalten, dass Frauen - wie auch Männer - die Möglichkeit haben, ihre Kinder zu sehen. „Das geht, wenn man es organisiert und wenn man es auch will.“ Vereinbarungen müssten getroffen, dann aber auch gelebt werden: „Dann gibt es individuelle Lösungen.“ Auch bei der Stadtverwaltung beständen Möglichkeiten, die Arbeitszeit individuell einzuteilen. Die Stadt gebe im Übrigen jährlich über 100 Millionen Euro für die Betreuung von Krippen-, Kindergarten- und Grundschulkindern aus. Zum Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit verwies der Bürgermeister auf die geltenden Tarifverträge, die selbstverständlich für Männer und Frauen gelten. Verändern müsse sich jedoch vieles bei den Führungsstrukturen. Auch hier hieße das Stichwort „Umdenken“. „Informelle Ebenen dürfen nicht über Karrieremöglichkeiten entscheiden.“

„Wählen Frauen denn immer noch die falschen Berufe?“ will Angermann von Dr. Brigitte Bertelmann, Volkswirtin im Dienst der evangelischen Kirche, wissen. Berufe, die schlechter bezahlt würden und die nicht automatisch zum Aufstieg in Führungspositionen führten, obwohl die Frauen immer bessere Bildungsabschlüsse mitbrächten.

Bertelmann berichtet von ihrer eigenen Berufswahl. 1972 stellte sich die Frage, was sie studieren wollte. „Meine erste Wahl war Chemie.“ Bei einem Praktikum in einem Chemieunternehmen habe der Vorstand zu ihr gesagt: „In diesem Beruf können Sie eine eigene Familie vergessen. Das geht überhaupt nicht in Teilzeit.“ So entschied sie sich für Volkswirtschaft, um mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Doch auch dort ließen sich qualifizierte Teilzeitstellen schlecht finden, als sie nach der Familienpause wieder einsteigen wollte. Nach ihrer Erfahrung verhindere Familienarbeit, ernsthaft Karriere zu machen. „Das war damals so: Ganztags Kinderbetreuung, vor allem Krippenplätze, gab es nur, wenn man alleinerziehend war oder in Not. Das öffentliche Angebot war gering. Wenn, dann musste man selbst etwas organisieren.“ Frauen wollten oft nicht nach „männlichen Mustern“ arbeiten. Zutrauen würden sie es sich sicher in den meisten Fällen, „aber sie wollen nicht abends mit Männern in Kneipen rumsitzen, um die Karriere zu fördern“. Die Bilder in den Köpfen seien immer noch davon dominiert, dass Frauen die Verantwortung in den Familien hätten und Männer im Berufsleben. „Wenn sich diese Bilder endlich ändern, dann wären wir ein großes Stück weiter.“ Natürlich könne man dies nicht „verordnen“. Aber „wenn beide Elternteile eine gute Ausbildung haben, dann muss es doch möglich sein, dass beispielsweise beide zu 75 % arbeiten“. Das Postulat „Das geht nicht“ müsse abgeschafft werden. Dies zu ändern, sei eine Sache des politischen Willens, des Lernens und der Entwicklung in den Familien - und dass man auf gute Erfahrungen anderer zurückgreifen und gute Beispiele finden könne.

FAMILIALE ROLLENVERTEILUNG

Wieso aber, fragt Angermann, sei es immer noch so, dass der „Mann ein Märtyrer“ sei, wenn er Erziehungsurlaub nehme? Aus welchem Grund nehmen nicht beide Geschlechter paritätisch die Elternzeit in Anspruch?

Die Antwort von Bonnet lautet: Das müsse man auch

innerhalb der Familie und Paarbeziehung klären. Gerade beim Thema Altersarmut müssten beide Partner ihre eigene Planung durchdenken und die Prägung der alten Rollenbilder endlich abschütteln. Untereinander zu klären, wie die eigene Absicherung fürs Alter aussehen könne, sei wichtig. Das müsse man auch durch „Privatverträge“ klären. „Dafür ist Ehrlichkeit nötig.“ Er selbst sei „nur“ vier Monate in Elternzeit gewesen. Das sei allerdings schon mehr als bei vielen anderen. „Abfälligen Kommentare“ hätte er nur wenige hören müssen, aber „Das muss man auch aushalten.“ Gute Beispiele seien hilfreich. Man müsse den Wunsch nach Elternzeit als Mann auch offensiv vertreten und nicht nur „leise nachfragen“. In der jetzt jüngeren Generation habe sich bereits viel verändert, auch das Umdenken sei auf dem Weg. Die IHK habe sich als familienfreundlicher Betrieb zertifizieren lassen, dies täten auch viele andere.

Auch Jacks kann von ähnlichen Situationen aus seiner eigenen Erfahrung berichten. „Unsere Vätergeneration ist schon so, dass viele Elternzeit nehmen.“ „Dumme Kommentare“ seien selten. Der gesellschaftliche Wandel müsse sich aber auf allen Ebenen vollziehen - in der Familie, in den Betrieben, in der Politik. Es sei noch ein weiter Weg zu gehen. Im Augenblick seien die politischen Rahmenbedingungen immer noch so, dass die „traditionelle“ Familien-Rollenverteilung gefördert werde - Stichworte Ehegattensplitting, kostenlose Mitversicherung der Ehefrau. Und auch die generell schlechtere Bezahlung „typischer Frauenberufe“, wie Erzieherin, müsse überdacht werden. „Wir haben ein männlich dominiertes Gesellschaftsbild.“ Verantwortung für Menschen werde geringer wertgeschätzt als Verantwortung für Technik. An dieser Einstellung müsse auch angesetzt werden. Ein weiteres Problemfeld sei die familiäre Pflege der älteren Generation. „Auch das hängt noch hauptsächlich an den Frauen“, und hindere die weibliche Erwerbstätigkeit. Auch hier müsse man andere Organisationsformen finden. „Da müssen wir alle gemeinsam ran!“ Anreize zur Unterstützung für Eltern - oder Pflegezeit könnten Abhilfe schaffen. Außerdem dürfe es keinerlei unterschiedliche Bezahlung zwischen Männern und Frauen geben. Wo Tarifverträge eingehalten werden, ist dies bereits der Fall.

Angermann fragt Riedmüller: Ist es so, dass Frauen wohl Karriere machen möchten - „aber nicht zu männlichen Bedingungen“?

Riedmüller betont, dass man solche Rahmenbedingungen nicht per Gesetz „erzeugen“ kann. Sie selbst sei als Professorin sehr oft die einzige Frau unter Männern gewesen. „Das ist meine Berufserfahrung.“ Es gebe noch immer große kulturelle Differenzen zwischen den Geschlechtern. Wie finde kultureller Wandel statt? Entweder durch „Bildungsschichten, die es vorleben“ oder durch Katastrophen. „Wenn eine Katastrophe stattfindet, muss man sich verändern. Und diese Katastrophe heißt nun „Armut“. Armut werde zur stärksten Herausforderung der Zukunft. „Eine Kommune wie Wiesbaden kann es sich einfach nicht leisten, einen so hohen Grundsicherungsanteil bei den Familien zu haben.“ Wenn man beispielsweise den Kita-Besuch von Kindern fördere, könne man künftige Armut schon teilweise vermeiden. „Vielleicht brauchen wir die Katastrophe, um manche Parameter zu ändern“, fragt sich Riedmüller. Dennoch seien Menschen lernfähig. Wenn gesellschaftliche Akteure dezidiert handelten, könne man die Katastrophe vielleicht noch vermeiden. Auch einzelne Familien könnten Vereinbarungen treffen. „Doch wie kommt man an andere heran?“ Es seien auch von sozialplanerischer Seite Anstrengungen gefordert, auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zuzugehen, die nicht von selbst Hilfe suchten. „Das kostet aber Geld.“ Doch auf lange Sicht könne man damit Bedürftigkeit verhindern.

BERUFSWEGE FÜR MÄDCHEN

Wie kommt man dazu, Bildung zu etablieren, hakt Angermann nach, „gerade auch für Mädchen, die sich vielversprechendere Berufswege aussuchen müssen?“ Wie können persönliche Neigungen und Arbeitsmarktanforderungen zusammengebracht werden?

Das „getrennte Lernen“ müsse abgeschafft werden, sagte Riedmüller. Man brauche mehr Angebote für weniger leistungsbereite Schülerinnen und Schüler. Leistungsbereitschaft, so Riedmüller, werde in anderen Ländern, wie zum Beispiel Großbritannien, wesentlich aktiver und konkreter gefördert. „In Deutschland wird leider vorwiegend diskutiert.“ Es seien sehr wenige konkrete Maßnahmen umgesetzt worden, „eine der wenigen ist das Kindergartengesetz“. Viele andere Themen blieben „Lippenbekenntnisse“. Es sei wichtig, auf kommunaler Ebene konkrete Verbindungen herzustellen.

Angermann weist darauf hin, dass ja gerade diese Veranstaltung als so eine konkrete kommunale Maßnahme gelten kann. Ein weiteres Thema sind „Minijobs“, die wenig bis nichts zur Altersvorsorge beitragen. „Was muss sich da ändern?“ fragt Angermann den Gewerkschaftsvertreter Jacks.

Die Minijobs, so Jacks, müssten auf jeden Fall voll sozialversicherungspflichtig werden. Minijobs seien in der derzeitigen Form „ein Riesenproblem“. Entweder sie werden als Zweitjob gemacht, weil das reguläre Gehalt nicht zum Leben reicht, oder Menschen gingen arbeiten, und seien dennoch auf öffentliche Unterstützung angewiesen - zunächst neben dem Minijob und später im Alter. „Minijobs sollten am besten abgeschafft werden und in normale Teilzeitjobs umgewandelt werden.“

KOMMUNALE BILDUNGSPOLITIK

Goßmann verweist noch einmal auf die kommunalen Bildungsanstrengungen. Man betreibe in Wiesbaden gezielte Bildungspolitik, zum Beispiel auch in der frühkindlichen Bildung. Und: „Die, die den normalen Hauptschulabschluss nicht schaffen, brauchen Unterstützung. Wir haben dazu ein bundesweit anerkanntes Programm der Schulsozialarbeit entwickelt“. Auch die Eltern werden hier „mit ins Boot geholt“. „Wir wollen niemanden zurücklassen“, sagt Goßmann. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Gremien, wie der Handwerkskammer, der IHK oder der kommunalen Ausbildungsagentur, werden Erfolge erzielt. Manche, die „bisher durch das Raster gefallen sind, schaffen so doch noch einen qualifizierten Hauptschulabschluss oder werden wenigstens ausbildungsfähig gemacht.“ Vielleicht würde man das System der Minijobs irgendwann gar nicht mehr brauchen. Er stimme Jacks' Kritik an den Minijobs durchaus zu: „Am besten wäre es, wenn so etwas gar nicht mehr existieren würde.“ Auch die Etablierung eines Mindestlohns halte er für gut und für „keine zu hohe Anforderung an die Politik“. Leider hätten die Kommunen vieles „auszubaden“, was über Bundesgesetze vorgeschrieben werde. Gerade beim Kindergartengesetz habe es anfänglich geheißen, dass Bund, Länder und Kommunen sich die Kosten teilen. „Aber wir zahlen aktuell 77 %“, sagte Goßmann. Er wolle gerne einmal erleben, dass die Kommunen etwas umsetzen, aber Bund und Länder die Kosten übernehmen.



SCHEIDUNG ALS ARMUTSRISIKO

Angermann fragt die Scheidungsanwältin und Mediatorin Gabriele Hermes-Lennich nach ihren Erfahrungen zum Thema Scheidung als Armutsrisiko. Mediation, sagt die Anwältin, sei leider nicht weit genug verbreitet. Viele Paare wüssten nicht, dass es so etwas gibt oder wollten dies nicht. Dabei sei es ein sinnvolles Instrument, um beispielsweise Rentenanwartschaften gerecht zu verteilen. Scheidung sei ein großes Armutsrisiko, wenn Vermögen und Anwartschaften rein gesetzlich geteilt würden. Frauen seien definitiv benachteiligt, wenn sie nur eingeschränkt oder vorübergehend eigene Rentenanwartschaften erworben hätten. Staatlich könne man nur gegensteuern, wenn eine gleiche Rente für alle etabliert würde, „ganz gleich, wie lang der Arbeitseinsatz war“. So sei es beispielsweise in der Schweiz.

Ein weiterer Ansatz wäre der Abschluss eines „gescheiterten Ehevertrags“, der die Rentenanwartschaften gerecht regelt – mit oder ohne staatliche Hilfe. Eheverträge seien aber nicht sehr verbreitet und für viele nicht zu finanzieren, weil man dazu einen Rechtsanwalt aufsuchen müsse. Sie stehen zudem der romantischen Erwartung vor einer Eheschließung im Wege. „Aber eine Vorsorgerehe in dieser Form gibt es nicht mehr. Es muss eigentlich für jedes junge Paar selbstverständlich sein, einen Ehevertrag zu machen.“ Auch für „Normalverdienende“, denen man mit einfacher Finanzierung eines solchen Vertragsabschlusses entgegenkommen müsse. Viele denken, dass sie sich diese Prozedur nicht leisten könnten.

Zudem dürfe es nicht so „verpönt“ bleiben, Kinder in die Krippe zu geben. „Das ist nur in Deutschland so.“ Und es fördere weiterhin, dass Frauen dem Arbeitsmarkt fern blieben. Eigene Erfahrungen von Hermes-Lennich aus Frankreich sprechen eine andere Sprache. „Nur hier werden Kinder bedauert, die in der Krippe sind.“ Es müsse auf jeden Fall ein Umdenken stattfinden. Kinder entwickelten ganz andere soziale Kompetenzen, wenn sie in Krippe oder Kita betreut würden.

Angermann bringt die Idee ins Spiel, bei Scheidungen Mediation zu „verordnen“. Das könne im Vorfeld vieles klären und im Ernstfall vereinfachen.

Hermes-Lennich erklärt, dass Mediation auf jeden Fall ein freiwilliger Prozess sei: „Das ist eines der Grundprinzipien und wesentlichsten Säulen von Mediation.“ Doch sie könne auch als Anwältin beraten. Sie empfehle auf jeden Fall, auch bei der Heirat schon an Fragen wie Unterhalt und Altersvorsorge, auch im Falle einer Trennung, zu denken. Ebenfalls solle das beabsichtigte „Ehemodell“, gerade in Fragen der Kinderbetreuung, geklärt werden: Wer bleibt zu Hause? Wer reduziert die Arbeit? Wie ist der eigene Karrierewunsch? Wenn die Ehe doch scheitert – „was zu 50 % wahrscheinlich ist“ – kämen viele völlig unvorbereitet zu ihr. Es sei ja in Ordnung, wenn man keinen ausgeprägten Karrierewunsch habe. „Dann muss man aber von vornherein dafür sorgen, dass, wenn die Ehe scheitert, ein finanzieller Ausgleich stattfindet.“ Es schade nicht, sich zumindest Szenarien zu überlegen, um für einen „Ernstfall“ vorbereitet zu sein – auch wenn dieser dann doch nicht eintritt.

GLEICHBERECHTIGTE FAMILIENARBEIT

Das die „Versorgerehe“ nun Geschichte ist, so Angermann, hätten wohl die meisten begriffen. Doch eine völlig gleichberechtigte, partnerschaftliche Beziehung führten dennoch die wenigsten.

„Wie kriegen wir das hin?“ fragt sie Bertelmann. Das müsse auf verschiedenen Ebenen stattfinden, erwidert Bertelmann. Generationenübergreifende Verantwortung begleite einen sehr lange. Für Familienbedürfnisse flexibel sein zu können, ob für die Kindererziehung oder die Pflege älterer Menschen, müsse „ein Gemeingut“ sein. Die Entscheidung, Eltern zu werden, sei zwar eine persönliche Entscheidung. Doch Kinder großzuziehen, sie darauf vorzubereiten, Mitglieder der Gesellschaft zu werden, „das ist eine wirtschaftliche und gesellschaftlich relevante Leistung“. Wenn die Balance zwischen der Anerkennung, der materiellen Unterstützung und dem, „was die Einzelnen investieren“, nicht mehr stimme, „dann werden viele sagen, die Kosten sind zu hoch, das mache ich nicht“. Unser gesellschaftliches System beziehe diese Leistung nur in sehr geringer Weise mit ein, sagt die Volkswirtin. Wenn Frauen tatsächlich die Wahl haben, Kinder zu bekommen oder nicht – ergebe sich genau

aus diesem Grund ein Geburtenrückgang. Das habe man in den letzten Jahrzehnten gesehen. Man benötige eine sehr viel höhere finanzielle Anerkennung der Familienleistung. „Diese muss anspruchsbegründend werden.“ Zudem werde eine andere Art der Finanzierung gebraucht als nur über sozialversicherungspflichtige Arbeit, da man bereits jetzt eine geringere Lohnquote habe. Bertelmann empfiehlt die Finanzierung über allgemeine Steuern oder eine Bürgerversicherung nach Schweizer Vorbild, die alle Einkunftsarten einbezieht und Leistungsansprüche nicht überwiegend durch abhängige Erwerbsarbeit begründet. Auch die Wertschätzung müsse sich verändern. „Wenn Familienarbeit nicht als Arbeit bezeichnet wird, fängt es damit schon an.“ Es sei notwendig, dass man Familienarbeit als gesellschaftlich relevante Leistung sieht, fügt Bertelmann an. Es sei genauso wichtig, als Kommune in die Kinderbetreuung und als Unternehmen in Ausbildung und Familienunterstützung zu investieren. „Das widerspricht aber dem betriebswirtschaftlichen Denken“, das kurzfristigeren Erfolge in den Vordergrund stellt, sagt Bertelmann. Die Investitionen in Kinder- und Familienförderung und deren gesellschaftlicher Ertrag seien hingegen langfristiger angelegt.

In der Schlussrunde formulieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konkretere Forderungen:

Bertelmann: Der Systemfehler sei, dass die gesellschaftlich relevante Leistung von Familien nicht anerkannt, sondern als Privatsache gesehen werde. „Kinder kriegen die Leute immer“ – das berühmte Adenauer-Zitat – stimme eben nicht. Das Renten- und Familienbild heute sei aber immer noch ein Abbild vergangener Zeiten. Die nötigen Rahmenbedingungen für Betreuung seien immer noch nicht so geschaffen, dass die althergebrachte Rollenverteilung aufgebrochen werden könne. Eine volle Rente gebe es immer noch erst nach 45 Beitragsjahren. Das entspreche nicht der Realität. „Aber wir passen es nicht an.“ Auch nichteheliche Partnerschaften, die über viele Jahre Verantwortung für Kinder übernehmen, bekämen immer noch nicht vergleichbare Leistungen wie Ehepaare – Stichwort kostenlose Mitversicherung von Ehefrauen. Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht müssten an die veränderten Begriffe

von „generationsübergreifenden Lebensgemeinschaften“, die durch Kindererziehung Leistungen für die Gesellschaft erbringen, angepasst werden. Die Ehe sei immer noch das Leitbild der Gesetzgebung. Doch das entspreche nicht mehr der real vorzufindenden Situation vieler Familien.

Hermes-Lennich: „In den Köpfen der Menschen muss was korrigiert werden“. Man brauche kein kompliziertes Versorgungsausgleichsverfahren, keinen Einsatz von Juristen in teuren Scheidungsverfahren. „Wieso kann eine Ehe nicht einfach nur beim Standesamt geschieden werden?“ Teuer und kompliziert sei in diesem Land nur der Versorgungsausgleich. Das ließe sich doch ändern. Das Unterhaltsrecht sei willkürlich und unübersichtlich, bestehe aus Hunderten widersprüchlicher BGH-Entscheidungen. Da müsse es einheitliche Regelungen geben.

RENTENSYSTEM

Riedmüller: Die Rentenreform habe nur das bestehende System beibehalten. „Das entspricht nicht mehr der Wirklichkeit.“ Die Alternative dürfe aber auch nicht sein, dass Erziehungsleistung rentenrelevant sei, denn das zementiere die traditionelle Rollenverteilung. Der Systemfehler sei, dass die Rente aus der Rentenkasse bezahlt wird. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Daher müsse die Rente auch aus der gesellschaftlichen Verantwortung, aus dem Steueraufkommen bezahlt werden. Das dürfe dann aber auch nicht dazu führen, dass Frauen nicht erwerbstätig sind! Man müsse beide Wege gleichzeitig gehen: „Wir brauchen die Frauen im Arbeitsmarkt.“ Erwerbstätigkeit sei eine Säule der sozialen Sicherung. Beides müsse „zusammengedacht“ werden. „In Deutschland ist es immer ein Entweder-Oder.“ Dennoch dürfe man nicht den historischen Fehler beibehalten, „Armenfürsorge“ und Sozialversicherung zu trennen. Die Rentenreform sei durch die „unselige Struktur des Lobbyismus“ behindert worden. Es existierten zu kleinteilige Forderungen.



Die Podiumsrunde im Gespräch

EHEGATTENSPLITTING UND EHEVERTAG

Bonnet: „Das Ehegattensplitting halte ich für veraltet, es muss abgeschafft werden.“ Und: Auf dem Standesamt sollten nicht nur „Lebensweisheiten“ erzählt, sondern es müsse auch gleich konkret nach Eheverträgen gefragt werden. „Ich wünsche mir selbstbewusste Männer und Frauen, die partnerschaftlich untereinander klären, was sie wollen und mit demselben Selbstbewusstsein bei ihren Arbeitgebern sagen, was sie sich wünschen.“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die direkt nachfragen, eben auch Männer, die die Arbeitszeit reduzieren wollen, müssten das offensiv vertreten. Dann seien viele Arbeitgeber auch bereit dafür. Der Fachkräftemangel spiele guten Arbeitskräften in die Hände.

Jacks: Eheverträge können eine Hilfe sein, um gesetzliche Mängel auszugleichen. Aber nicht jeder kann sich die dafür nötige, gute Beratung leisten – Stichwort Anwaltsgebühren. Ziel muss also eine Verbesserung der Gesetze sein. Ein Ehevertrag sei also nur eine kurzfristige Lösung für ein gesamtgesellschaftliches Problem. Um reale Gleichstellung zu erreichen, muss sich das Bewusstsein der Arbeitneh-

mer und insbesondere der Arbeitnehmerinnen ändern. Sie sollten sich gewerkschaftlich organisieren und gemeinsam für ihre Rechte eintreten. Arbeitgeber müssten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und die Tarifverträge beachten, statt Tarifflicht zu betreiben. Politikerinnen und Politiker müssten Rahmenbedingungen schaffen, mit denen Arbeit gerecht verteilt wird. „Man muss die entsprechenden Anreize schaffen.“ Und alle müssten sich fragen, wie ihr Gesellschaftsbild fortschrittlicher werden kann. „Es fiel hier das Argument, dass bei Migrantinnen und Migranten noch stark traditionelle Rollenbilder herrschen. Das ist bei uns auch noch kein halbes Jahrhundert her!“ Die Rollen veränderten sich auch am ehesten in bildungsaffinen Schichten. Daher sei es wichtig, mittels Bildung fortschrittliches Denken zu ermöglichen.

Goßmann: Wichtig sei die Diskussion über die Auswirkungen des Betreuungsgeldes. Es hemme die Erwerbstätigkeit der Frauen und sei „dann wieder eine Ursache für Armut im Alter.“ Durch die ausführliche, hilfreiche Diskussion über die Eheverträge bei dieser Veranstaltung nehme er aber den Plan mit, seinen Kindern den Abschluss eines Ehevertrags grundsätzlich zu empfehlen.



AUSBLICK: IMPULSE FÜR DIE ZUKUNFT



Das Thema frauenspezifische „Armutfallen“ im Lebensverlauf wurde in der Fachtagung eingehend von sehr unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Sowohl die Vorträge als auch die Podiumsdiskussion warfen wichtige Diskussionsstränge auf, die die Altersarmut von Frauen in einen Kontext zum Lebensverlauf setzten. Einige wichtige Aspekte, die im Verlauf der Veranstaltung herausgearbeitet wurden, werden hier im Sinne eines Fazits pointiert dargestellt:

Altersarmut von Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Thema: Eine der zentralen Aussagen der Veranstaltung war, dass erhöhte Altersarmut für Frauen kein alleiniges „Frauenthema“ ist, das es mit den Frauen zu „lösen“ gilt. Hinter diesem Phänomen liegt ein großes gesellschaftliches Thema. Es ist die Frage, wie die Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden kann, damit Frauen und Männer die gleichen Chancen auf eine auskömmliche Altersversorgung haben. Und nicht nur hinsichtlich der Altersversorgung ist dies eine grundlegende Frage, sondern auch für das Risiko schon in jungen Jahren arm zu sein. Frauen sind durch die Übernahme der Kinderbetreuung und damit einhergehender reduzierter Erwerbsarbeit schneller abhängig von staatlichen Unterstützungsleistungen, wenn beispielsweise Scheidung und alleiniges Sorgerecht die Lebenssituation verändern.

Die „kulturelle Linie“ muss aufgebrochen werden: Riedmüller betonte den Aspekt der „kulturellen Linie“. Hier machte sie deutlich, dass es gerade in (West-) Deutschland eine starke kulturelle Tradition gibt, die die Kinderbetreuung zu großen Teilen den Müttern zuschreibt und die daraus folgende Erwerbsreduzier-

ung ein gewünschtes Familienmodell ist. Getragen wird diese Vorstellung des vorherrschenden Familienmodells nicht nur von den Müttern und Vätern selbst, sondern eben auch von anderen gesellschaftlichen AkteurInnen, wie ArbeitgeberInnen, PolitikerInnen, Fallmanagementfachkräfte in den Jobcentern, ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen. Diese „kulturelle Linie“ aufzubrechen ist ein schwieriges Unterfangen und bedarf der Diskussion um die Verteilung von familialer Arbeit und Teilhabe an Erwerbstätigkeit.

Änderungen im Steuer- und Sozialrecht sind notwendig: Staatliche Interventionen oder das Unterlassen von solchen Interventionen müssen in ihrem Einfluss stärker beachtet werden. Denn sie verändern oder manifestieren kulturelle Haltungen in nicht zu unterschätzendem Maße. Als ein Beispiel sei das Ehegattensplitting benannt, das geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von Ehefrauen begünstigt. In diesem Kontext muss auf Bundesebene dringend über Veränderungsbedarfe im Steuerrecht nachgedacht werden, um die umfängliche sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit von Frauen zu erhöhen.

Mehr Frauen müssen in Vollzeit erwerbstätig sein: Klar wurde im Verlauf der Veranstaltung, dass unter den momentan bestehenden Rahmenbedingungen, wie Steuerrecht und Rentensystem, eine Verringerung von (Alters-)Armut für Frauen nur darüber erreicht werden kann, dass die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit erhöht werden.

Was folgt aus der Veranstaltung für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema?

Zu den einzelnen Themengebieten sollen zielgruppenspezifische Veranstaltungen in 2015/2016 angeboten werden, die sich vertiefend mit einzelnen Aspekten auseinandersetzen. Zwei der Themenfelder haben sich direkt aus der Veranstaltung heraus ergeben:

1. Thema „Rechtliche Grundlagen - Ehevertrag“:

Hierzu ist eine Informationsveranstaltung angedacht, wo erörtert wird, warum ein Ehevertrag aus juristischer Perspektive bei Eheschließungen ratsam ist und wie ein solcher konkret ausgestaltet sein sollte. Darüber hinaus ist eine stadtinterne Kooperation mit dem Standesamt angestrebt. Hier ist zu prüfen, ob eventuell im Beratungsprozess künftiger Ehepaare der Funktion eines Ehevertrags eine größere Bedeutung beigemessen werden kann.

2. Thema „Minijob“: Für diesen Themenkomplex ist eine Tagung sinnvoll, die sich zunächst mit der vorfindbaren Situation des Zusammenhangs von Minijob und Geschlecht beschäftigt. Daran kann diskutiert werden, inwiefern dieser Bereich der atypischen Beschäftigungen Frauen strukturell benachteiligt und ein (Alters-) Armutsrisiko birgt.

3. Thema „Familienmodelle der Zukunft“: Hierzu ist eine Veranstaltung vorgesehen, die sich eingehender mit einem, beispielsweise skandinavischen, Familienmodell auseinandersetzt. An diesem Beispiel wäre mit einem Experten oder einer Expertin zu diskutieren, welche Aspekte auch in Deutschland adaptionsfähig sind.

Während der Vorbereitung der Fachtagung und bei der Präsentation der Datenlage in Wiesbaden fiel auf, dass Alleinerziehende die Gruppe von Frauen sind, die sowohl schon während der Erwerbsphase als auch im Rentenalter das höchste Armutsrisiko tragen. Diese Gruppe kam in der Podiumsdiskussion leider zu kurz. Gerade deshalb soll es in der weiteren Veranstaltungsplanung auch um die Situation von Alleinerziehenden gehen:

4. Thema „Alleinerziehende“: Zu dem Themenkomplex „Alleinerziehende und Armut“ ist eine weitere Fachtagung Veranstaltung geplant, die sich mit der besonderen Risikolage von Alleinerziehenden auseinandersetzt.

Die Auftaktveranstaltung zum „Risiko Altersarmut - Frauen im Fokus“ wurde gut angenommen, stieß auf eine große Resonanz und setzte erste wichtige Impulse in Gang. Mit weiteren Informationsveranstaltungen und Gesprächsplattformen wollen die VeranstalterInnen dieses Thema in 2015/2016 konstruktiv und auf verschiedenen Ebenen verfolgen. Ganz im Sinne Henry Wadsworth Longfellow: „Beharrlichkeit ist ein Hauptelement des Erfolgs. Wer lange genug an die Pforten schlägt, wird jemanden zu wecken vermögen.“

